



**Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen**

Donaueschingen, den 15. Dezember 1998

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 1999

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

noch einige Lehrjahre mehr im Gemeinderat und unsere Fraktion kann sich geschlosssen neuen Herausforderungen - beispielsweise der professionellen Kommunalberatung - zuwenden. Vielleicht bekommen wir von verschiedener Seite dafür ja sogar Unterstützung! Auslöser für solche „Planspiele“ sind Themen wie das neue Steuerungsmodell, Markt- und Kundenorientierung, Personalmanagement oder Controlling, die uns in letzter Zeit auf Schritt und Tritt verfolgt haben.

Begibt man sich aus den Höhen dieser strategischen Reformkonzepte in die Niederungen des städtischen Haushalts, wird jedoch sehr schnell deutlich, dass zwischen Reformanspruch und Wirklichkeit auch im Haushaltsjahr 1999 Welten liegen werden.

Zunächst einmal glauben wir ein deutliches Missverhältnis zwischen den anfangs formulierten Zielvorstellungen und der heutigen Verwaltungsrealität zu erkennen. Diese Diskrepanz ist natürlich einerseits der Antrieb für notwendige Veränderungen. Andererseits müssen wir jedoch feststellen, dass bei den Anforderungen an die Effektivität der Aufgabenerfüllung zweierlei Mass angelegt wird: Einem rigiden Sparkurs in verschiedenen städtischen Bereichen steht in anderen Aufgabengebieten ein recht sorgloser und grosszügiger Umgang mit Finanzmitteln gegenüber. Um diese Behauptung nicht unbegründet stehen zu lassen, werden wir das nachfolgend an einzelnen Beispielen erläutern:

Erzieherinnen sollen sich beispielsweise zukünftig im Rahmen der Budgetierung der Kindergärten neben ihrer Hauptaufgabe auch um die kostengünstigste Gartenpflege, die Organisation des Winterdienstes oder die preisgünstigste Raumreinigung kümmern. Unsere Fraktion stellt hierbei jedoch die Frage, ob die Gebäudebewirtschaftung wirklich zu den ureigendsten Aufgaben von Erzieherinnen gehört. Wir sehen bei einem derartigen Ansatz auch nicht automatisch die vielversprochenen Einspareffekte. Es wird nämlich nicht immer gelingen, bei dezentraler Abwicklung dieser Aufgaben kostengünstigere Lösungen zu finden. Wenn nach bisherigem Muster im Rahmen einer gemeinsamen Ausschreibung für mehrere Kindergärten

grössere Mengen vergeben werden, sollten in der Regel auch günstigere Preise erzielt werden können.

Bei den neuen Bewirtschaftungsmodellen werden Einsparungen vor allem dann erzielt werden, wenn solche Aufgaben zusätzlich auf die Beschäftigten abgewälzt, ausserhalb normaler Arbeitsverhältnisse erbracht oder durch Dritte (z.B. die Eltern) unentgeltlich geleistet werden. Wir brauchen in diesem Zusammenhang wohl nicht besonders zu betonen, dass wir Kostenkontrolle, eigenverantwortliches Handeln oder ein aussagefähiges Berichtswesen grundsätzlich begrüssen. Nur haben wir dabei andere Ansatzpunkte und Organisationsmodelle vor Augen!

Im krassen Gegensatz zu solchen ausgefeilten Reformkonzepten steht die Ausgabenfreudigkeit in anderen Bereichen. Kreisverkehre werden Schlag auf Schlag gebaut und manchmal kommen bei der Endabrechnung aufgrund Beschilderung, künstlerischer Gestaltung oder anderen Details noch „ein paar Mark“ zum ursprünglichen Kostenansatz hinzu.

Neu und durchaus überraschend ist, dass der Bau von Kreisverkehren jetzt von vorneherein mit gestalterischen Gründen legitimiert werden soll. Bei der Einfahrt von Norden in die Stadt „habe der Besucher bis zur Sebastianskapelle bisher noch nichts erlebt“, so eines der Argumente für einen neuen Kreisverkehr beim Feuerwehrgerätehaus. Das ist in der Tat ein neuer Aspekt: Der Kreisverkehr als tragendes Element des Stadtmarketing!

In Wolterdingen war dann das Hauptargument die „Temporeduktion des Verkehrs in der Ortsdurchfahrt“. Auch bei diesem Punkt müssen wir schon beide Augen zudrücken, um den Vorteil angesichts der Kosten deutlich erkennen zu können. Ein Kreisverkehr wird als punktuelle Massnahme das Geschwindigkeitsniveau kaum auf der ganzen Länge der Ortsdurchfahrt absenken können. Dazu müssten vielmehr im gesamten Bereich einschneidende Massnahmen ergriffen werden, was aber ganz offensichtlich auf weit weniger Zustimmung stösst! Über Sinn und Unsinn solcher Konzepte liesse sich noch viel erläutern. Aus unserer Sicht belegen diese Beispiele jedoch mindestens eines: die fehlende Ernsthaftigkeit des Sparwillens von Stadt und Land.

Andere Projekte, wie die Übernahme der alten B 27 im Bereich von Pfohren in die Unterhaltlast der Stadt sind aus unserer Sicht ebenfalls mit einem hohen finanziellen Risiko behaftet. Abgesehen davon können wir die Erläuterungen und Kostenschätzungen der Verwaltung zu diesem Punkt bis heute nicht nachvollziehen. Nicht vergessen möchten wir in diesem Zusammenhang auch die Zustimmung der Gemeinderatsmehrheit zum vierspurigen Ausbau der B 27(neu), für den es von unserer Seite absolut kein Verständnis gibt. Die Strassenbauverwaltung und die Befürworter müssen sich fragen lassen, mit welchem volkswirtschaftlichen Gewinn die Kosten von mehr als 30 Millionen DM begründet werden können. Unsere Position ist dabei klar: Dem möglichen individuellen Zeitgewinn von vielleicht einer Minute stehen wesentlich mehr Lärm, mehr Abgase und eine leergeräumte Kasse gegenüber! Ganz egal ob solche Projekte aus städtischen Mitteln finanziert oder einfach im Gemeinderat befürwortet und dann mit Landes- oder Bundesmitteln realisiert werden, es gibt eine einfache und klare Aufgabenteilung: Die Befürworter tragen die „Verantwortung“ - und der Steuerzahler die Kosten.

Diese Aussage gilt natürlich auch für das Projekt des Rathausanbaus. Es ist ganz erstaunlich, mit welchen Argumenten dieser Anbau durchgesetzt werden soll: Da wird über das demokratische Selbstbewusstsein des Gemeinderats philosophiert, räumliche Engpässe bei Sitzungen, Empfängen und Veranstaltungen werden thematisiert und auch der Mangel an Archivräumen wird zur Durchsetzung des Vorhabens bemüht. Auf derlei Argumente können wir kurz und knapp eingehen: Die „Zukunftsfähigkeit“ dieses Anbaus liegt aus unserer Sicht ziemlich nahe bei Null, Veranstaltungsräume mit mangelnder Kostendeckung hat Donaueschingen bereits genug. Die Archivräume können kostengünstig in bereits bestehende Gebäude integriert werden und der Donaueschinger Gemeinderat hat bereits heute mehr als einen ausreichenden Sitzungssaal zur Auswahl. Realisiert man dieses Projekt, ergeben sich nach heutigem Preisstand Jahreskosten von bis zu 400.000 DM, die Jahr für Jahr aufgebracht werden müssen. Die Fraktionen, die sonst mit Vehemenz den schlanken Staat einfordern, verhalten sich bei diesem Projekt pikanterweise sehr, sehr generös. Unsere Fraktion würde im Notfall lieber noch in einer ausrangierten Industriehalle tagen als diesen Baubeschluss mitzutragen! Denn unser „demokratisches Selbstbewusstsein“ hängt vielleicht von den verschiedensten Faktoren ab – ganz bestimmt aber nicht vom Tagungsort.

Doch auch neben solchen herausragenden Grossprojekten ist einiges in Bewegung. Die Eichendorffschule wird erweitert, was angesichts des Mangels an Klassenzimmern auch dringend notwendig ist. Einschränkend müssen wir hier jedoch anmerken, dass uns das Projekt wegen der zunehmenden Mammutstruktur der Schule nicht gerade problemlos erscheint.

Im Tiefbaubereich wird ebenfalls kräftig investiert. Wie hinlänglich bekannt, bekommt unsere Fraktion dabei immer wieder vorgehalten, dass ohne Gründung des Eigenbetriebs Abwasser solche Investitionen niemals möglich wären. Dabei scheint man unsere Argumentation bei der Eigenbetriebsgründung - beispielsweise was die Eigenkapitalbasis anbelangt - bis heute nicht akzeptieren zu können. Wir bedauern dies sehr. Dennoch erlauben wir uns an dieser Stelle die Anmerkung, dass bei der von uns vorgeschlagenen Eigenkapitalausstattung eine Gebührenanhebung im jetzt beschlossenen Umfang (+26%) nicht erforderlich wäre.

Mit hohem Aufwand wird 1999 auch die Erneuerung der städtischen EDV gestartet und im Rathaus II soll die Realisierung des Bürgeramts angegangen werden. Bei der Parkraumbewirtschaftung und der Ringbahn ist dagegen so etwas wie Funkstille eingetreten – oder ist das vielleicht nur die Ruhe vor dem Sturm?

Mit den Festlegungen im Haushaltsplan werden nicht nur unmittelbar die städtischen Einnahmen und Ausgaben festgelegt, sondern es werden auch Rahmenbedingungen gesetzt: Wir begrüßen beispielsweise ausdrücklich die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Überarbeitung des Bebauungsplans Breiten-Strangen. Zu den Randbedingungen gehört aber auch die Überarbeitung des Flächennutzungsplans. Hier müssen wir feststellen, dass in Bezug auf die Windkraftstandorte das Ergebnis dieses Verfahrens nur als absoluter umweltpolitischer Tiefschlag bezeichnet werden kann! Der Schluss liegt nahe, dass wirklich alles getan wurde, um die Windkraft auf Donaueschinger Gemarkung zu verhindern. Dabei würde schon eine einzige Anlage soviel Strom produzieren, dass beispielsweise die gesamte Strassenbeleuchtung der Stadt abgedeckt werden könnte.

Bei den finanziellen Randbedingungen möchten wir an dieser Stelle auch an die Konkurse mehrerer Donaueschinger Betriebe in den letzten Jahren erinnern. Neben dem Verlust von Arbeitsplätzen hatten diese Konkurse vor allem eine ganz direkte Auswirkung auf die Bilanz der Sparkasse, deren Gewährsträger unter anderem die Stadt Donaueschingen ist. Wir drängen deshalb weiterhin auf eine vollständige Offenlegung der Hintergründe, die zu den grossen Forderungsausfällen der Sparkasse geführt haben und gehen davon aus, dass in nächster Zeit noch Informationen hierzu erfolgen werden.

Was den kulturellen und sportlichen Bereich betrifft, haben wir in Bezug auf das Reitturnier ja bereits in der letztjährigen Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass wir die rasante Kommerzialisierung im Bereich unserer Grossveranstaltungen und die zwangsweise damit einhergehende Kostenexplosion mit Sorge betrachten. Vor allem beim Reitturnier beobachten wir einen weiter ansteigenden Finanzbedarf. Dabei scheint die Mehrheit des Gemeinderats weiterhin und ohne jede Einschränkung bereit zu sein, bei dem finanziellen Elefantenrennen der verschiedenen Austragungsorte ganz vorne mitzumischen. Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich vor der Eigendynamik dieses Systems aus Zwängen und weiteren finanziellen Begehrlichkeiten warnen, weil die Stadt am Ende mit Sicherheit nicht als Sieger aus dieser Entwicklung hervorgehen wird.

Zusammengefasst kommen wir zu folgender Bewertung:

Die Nutzung von Einsparpotentialen im städtischen Haushalt wird sehr unterschiedlich gehandhabt. Einerseits wird ein drastischer Sparkurs gefahren, an anderen Stellen wird das finanzielle Füllhorn sehr grosszügig ausgeschüttet.

Mit hohem organisatorischem und finanziellem Aufwand wird parallel dazu die Struktur und Ausstattung der Verwaltung erneuert. Neben sinnvollen Projekten wie dem Bürgeramt oder auch einer teilweisen Neugliederung der Verwaltung soll mit dem kommenden Haushalt jedoch auch definitiv der Einstieg in den Rathausanbau vorangetrieben werden. Dies halten wir für einen völlig verfehlten Schritt, mit dem auf Jahre hinaus grosse Geldbeträge gebunden werden.

Es gibt nach unserer Auffassung eine ganze Reihe von städtischen Aufgaben, für die zukünftig noch erhebliche Finanzmittel benötigt werden. Neben einer umfassenden und vorausschauenden Personalentwicklung, weiteren Investitionen im Bildungsbereich oder schlicht dem Erhalt der bestehenden Infrastruktur sehen wir die grösste Herausforderung unverändert im Bereich der nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt.

Sollten hierzu irgendwann entsprechende Entscheidungen getroffen werden, muss die Stadt dann auch über entsprechende Finanzmittel verfügen.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir den Haushalt 1999 ab.

Allen Mitarbeitern der Verwaltung möchten wir an dieser Stelle recht herzlich unseren Dank aussprechen.

Siegfried Seilnacht
für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen